

Kopie an: BÜ, Gi, Hr, Schä

Bern, den 29. September 1972

N o t i z an Herrn Bundesrat Brugger

Schä/kü.Pak./Banglad.821.AVA

Herr Bundesrat,

Anlässlich der Diskussion im Ständerat über den 85. Bericht über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland, äusserte Ständerat Heimann die Meinung, "dass Pakistan keine Kredite gewährt werden dürfen, solange die Verfolgung der Bihari andauert". Sie vertraten die Auffassung, darüber könne am kommenden Mittwoch gesprochen werden.

Zum Votum von Ständerat Heimann ist vorerst zu bemerken, dass sich das Problem der Bihari in Bangladesh und nicht in Pakistan stellt. Für den Fall, dass die Frage am 4. Oktober erneut aufgeworfen wird, finden Sie in der beiliegenden Notiz einige Angaben zum Themenkreis "Entwicklungshilfe an Pakistan und Bangladesh".

Beilage

sig. Bühler

## Entwicklungshilfe an Pakistan und Bangladesh

### Minderheiten- und Kriegsgefangenenfrage

Weil ihnen vorgeworfen wird, sich zur Zeit der Okkupation durch die pakistanische Armee als Kollaborateure betätigt zu haben, ist die Existenz der Biharis in Bangladesh bedroht. Aehnlich gelagert ist das Problem der noch in Pakistan zurückgehaltenen, seit der Sezession als Verräter abgestempelten Bengalen. Daneben befinden sich nach wie vor rund 90'000 pakistanische Kriegsgefangene in indischen Lagern. Eine Lösung dieser im Gefolge der Sezession Bangladesh's von Pakistan entstandenen Probleme kann am ehesten in direkten Gesprächen zwischen Pakistan, Bangladesh und Indien gefunden werden.

### Kredite an Pakistan

Ein erster Transferkredit im Lieferwert von 63 Millionen Franken (reiner Bankenkredit mit Exportrisikogarantie) wurde Gesamt-Pakistan 1964 und 1967 eingeräumt. Er ist heute praktisch voll beansprucht. Ein Teil der durch diesen Kredit ausgelösten schweizerischen Lieferungen ging nach Bangladesh (früher Ostpakistan). 1970 haben wir wiederum Gesamt-Pakistan einen zweiten Transferkredit im Lieferwert von 50 Millionen Franken (Mischkredit Bund/Banken mit Exportrisikogarantie) eröffnet. Unter diesem zweiten Kredit sind noch keine Lieferungen nach Bangladesh erfolgt. Nachdem Pakistan im Mai 1971 für die aus den beiden Transferkrediten entstandenen Verpflichtungen für Kapitalrückzahlungen und Zinsen ein noch immer bestehendes Moratorium erklärt hat und bis heute noch keine Einigung mit bezug auf ein Schuldenkonsolidierungsabkommen erzielt werden konnte, haben wir seit Mai 1971 zulasten des zweiten Transferkredites keine neuen Geschäfte bewilligt. Obschon Pakistan bei früherer Gelegenheit erklärte, vorläufig auch für die Altschuld Bangladesh's einzustehen, mag das Ausbleiben einer direkten Regelung dieser Frage zwischen den beiden

- 2 -

Staaten mit ein Grund für die Verzögerung der Konsolidierungsgespräche seitens von Pakistan sein. Da der zweite Kredit noch einen bedeutenden offenen Saldo aufweist, stellt sich die Frage, eines neuen Kredites an Pakistan in absehbarer Zeit nicht.

#### Kredite an Bangladesh

Die pakistanische Zentralregierung hatte ursprünglich beabsichtigt, einen Teil des zweiten Transferkredites für Projekte in Ost-Pakistan zu benützen, zog diesen Antrag jedoch nach der Sezession wieder zurück. Wir prüfen gegenwärtig, ob nicht doch eine Tranche dieses Kredites für Bangladesh reserviert werden sollte. Dabei müssen verschiedene Elemente mitberücksichtigt werden. Einmal muss abgeklärt werden, ob die ursprünglich in Ostpakistan vorgesehenen Projekte noch bestehen. Ferner muss abgeklärt werden, ob die Kreditkonditionen den Rückzahlungsmöglichkeiten des neuen Staates entsprechen. Sobald die Schweizerische Botschaft in Dacca ihren normalen Betrieb aufnimmt - was im Laufe des Monats Oktober 1972 der Fall sein wird - werden wir versuchen, uns über die Verhältnisse Klarheit zu verschaffen. Wie die übrigen Staaten werden auch wir prüfen, auf welche Weise eine möglichst wirksame Hilfe unsererseits geleistet werden könnte. Wir denken dabei u.a. auch an die Verwirklichung eines Projektes aus Mitteln des Rahmenkredites für Finanzhilfe.

Ohne uns in ihre inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen, werden wir doch bei der Prüfung von neuen Kreditgesuchen neben den wirtschaftlichen auch den politischen Verhältnissen in den betroffenen Ländern Rechnung tragen müssen.